

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4158

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4158



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 23. 10. 2022

Inhalt

Chancengleichheit.....	1
20.10.2022, Marianne Wüthrich.....	1
Der Kern der Schule ist gefährdet	3
Journal21, 16. Oktober 2022, von Carl Bossard	3
Lehrlinge an die Uni? Experte warnt	5
NZZ am Sonntag, 16.10. 2022, Schweiz, René Donzé.....	5
Zum Buch «Integration, Separation, Kooperation. Ein Beitrag aus heilpädagogischer Sicht».....	6
19.10.2022 Marianne Wüthrich.....	6
Bitte nicht in Visionen abdriften!	8
Journal21, 10.10.2022, von Carl Bossard	8
«Eine Primarlehrkraft ist eine eierlegende Wollmilchsau».....	10
NZZ, 7.10.2022, Schweiz, Thomas Minder im Gespräch mit Andri Rostetter und Irène Troxler	10
Die deutsche Bildungsmisere	12
FAZ, 18.10.2022, Front, von Heike Schmoll.....	12
Veranstaltungshinweis	13
Lehrermangel - Ursachen und Probleme.....	13
Starke Volksschule Zürich, Freitag, 18.11. 2022.....	13

Chancengleichheit

20.10.2022, Marianne Wüthrich

Von der Berufslehre prüfungsfrei an die Uni? Oder «wenigstens» an die PH? Und wie bringen wir die PH-Absolventen dazu, dass sie sich auf den Lehrerberuf einlassen und auch dabei bleiben wollen? Ist die Integration aller Kinder in die Regelklassen ein «Menschenrecht»? Führen diese und ähnliche Hypes, die seit Jahren herumschwirren, zu mehr Chancengleichheit? Oder sollten wir nicht anstelle solch aufgeregter und oberflächlicher Forderungen und Diskussionen immer wieder zur Grundfrage zurückkommen: Worauf kommt es in der Schule wirklich an?

Einer, der den Kompass nie aus dem Auge verliert, sondern unbeirrt zum «Kern der Schule» zurückkommt, ist Carl Bossard. Ihm überlassen wir auch in diesem Newsletter das erste Wort.

Warum Peter Bichsel und Albert Camus Schriftsteller geworden sind

Bichsels Primarlehrer hat «unter dem ganzen Schlamassel von Rechtschreibbefehlern» den guten Aufsatzschreiber entdeckt, er hat den Schüler «von sich selber überzeugt», ihn «zum Schriftsteller gemacht», so Bichsel. Ebenso prägend war Albert Camus' Lehrer, der «dem armen kleinen Kind» aus einfachen Verhältnissen seine «liebvolle Hand gereicht» hat und seine Schulkinder «für würdig hielt, die Welt zu entdecken».



Selbstverständlich kann keine Lehrerin einen Schüler ohne dessen Eigenleistung «zum Schriftsteller machen». Aber sie kann «die jungen Menschen zu sich selbst und sie aus sich heraus zu ihren Möglichkeiten führen», schreibt Carl Bossard. Sie kann – sie muss! – mit ihnen die Grundfertigkeiten aufbauen, «als Basis für alles weitere Lernen». Er fügt hinzu: «Darin liegt die zentrale Aufgabe der Schule.»

So einfach und doch so anspruchsvoll ist diese Aufgabe. Die ganzen Strukturreformen, die in den letzten Jahrzehnten auf die Schule herabgeprasselt sind, haben in keiner Weise das gebracht, was uns die «Experten» vorgegaukelt haben. Aber die Lehrerin, die ihre Schüler für den Lernstoff begeistert und ihnen den Weg zeigt zum Verstehen-Wollen, zum Dranbleiben, zum Üben und Vertiefen, die ihnen zumutet, auch steinige Stellen zu überwinden und dadurch zu wachsen – sie legt den Boden für die Chancengleichheit.

Chancengleichheit ist die Eröffnung von Entwicklungsmöglichkeiten für alle Schüler, welcher Herkunft auch immer, durch Lehrerpersönlichkeiten, die eine umfassende Bildung, Interesse an der Welt, Einfühlsamkeit und Freude an den Kindern mitbringen. In diesem Sinne war die Atmosphäre in den Schulstuben von Peter Bichsel und von Albert Camus von Chancengleichheit geprägt. Wohl gemerkt: Es handelt sich um zwei Buben, denen es nicht in die Wiege gelegt war, berühmte Schriftsteller zu werden...

Führt der Abbau von Hürden zu mehr Chancengleichheit?

Von der Berufslehre an die Uni, das ist im durchlässigen Schweizer Schulsystem möglich. Die «Passerelle»-Prüfung öffnet seit 17 Jahren Lehrabsolventen mit Berufsmatura den Weg an die Universitäten («Lehrlinge an die Uni? Experte warnt»). Und zwar laut einer neuen Studie auch «vermehrt jungen Menschen aus bildungsferneren Familien». Weil aber die meisten Berufsmaturanden lieber prüfungsfrei an eine Fachhochschule gehen und nur rund fünf Prozent den lernintensiven Weg über die Passerelle an die Universität wählen, hat der Nationalrat in der Herbstsession einem Postulat zugestimmt, das die Passerelle ganz oder teilweise abschaffen soll: Sie stelle «eine zu grosse Hürde dar», die «geeignete und motivierte Menschen unnötig von einem Studium abschrecke», sagte eine Nationalrätin. Den Zugang an die Pädagogischen Hochschulen wollen einige Parlamentarier den Berufsmaturanden sogar prüfungsfrei gewähren. Demgegenüber stellt Carl Bossard («Bitte nicht in Visionen abdriften!») die berechtigte Frage in den Raum, ob die heutigen PH-Abgänger genügend vorbereitet seien für einen guten Unterricht. *Mehr* Bildung sollten die künftigen Lehrer mitbringen, nicht weniger!

Die «hohe Hürde» besteht übrigens darin, dass die Berufsmaturanden etwa ein Jahr für den Besuch von Kursen einsetzen, um ihre Wissenslücken im Vergleich zu Gymnasiasten zu füllen und damit bessere Chancen für ein erfolgreiches Studium zu haben. Ist es eine Unterstützung für die lernbereite Jugend, solche «Hürden» abzubauen? Sollten wir sie nicht eher ermutigen, sich dranzumachen und die Hürden zu nehmen, damit sie gut gerüstet an die Uni gehen können?

Chancengleichheit für Kinder mit besonderen Bedürfnissen

Wir können dem Kleinsten seinen «Nachteil» nicht wegzaubern, indem wir ihm ein Gerüst unter die Füsse schieben. Vielmehr sollten wir ihm sagen: Auch wenn du kleiner bist als deine Mitschüler, kannst du deine Ziele im Leben ebenso erreichen, komm, ich zeige dir wie.

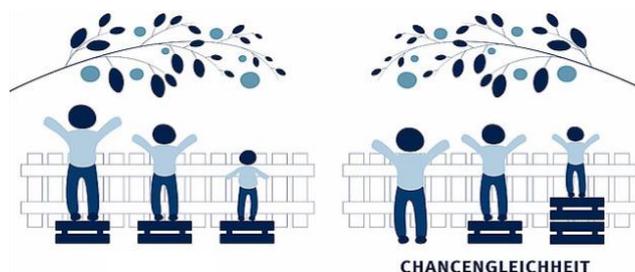


Bild: Career Centre der Julius-Maximilians-Universität Würzburg



Genau diese Problematik thematisiert das neuerschienene Buch «Integration, Separation, Kooperation» aus der Feder von drei Heilpädagoginnen. Als Lehrerin ohne heilpädagogische Bildung und Praxis habe ich es mit Interesse und zunehmender Faszination gelesen und mich für das Verfassen einer Rezension entschieden. Für die Autoren steht im Grunde immer die Frage im Raum: Wie kann die Chancengleichheit für Kinder mit einer Beeinträchtigung am besten gewährleistet werden? Es zeigt sich in der Praxis, dass eine Kleinklasse oder eine Heilpädagogische Schule dem einzelnen Kind oft grössere Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet als die Integration in eine Regelklasse.

Carl Bossard zitiert in seinem 2. Artikel in diesem Newsletter («Bitte nicht in Visionen abdriften!») die Zürcher Bildungsdirektorin und EDK-Präsidentin Silvia Steiner mit den hochgestochenen Worten: «Der integrative Unterricht ist für mich kein Projekt, sondern ein Menschenrecht.» Oberflächlicher und lösungsresistenter geht's nimmer! Kinder, Eltern und Lehrkräfte bleiben dabei auf der Strecke – oder wir protestieren gegen derartige Schönfärberei und fordern echte Lösungen. Zum Beispiel in der Art der drei Buchautorinnen.

Systemversagen der Bildungspolitik zeigt sich an den Folgen

Dieselbe Zürcher Bildungsverantwortliche erklärte auf einem «Bildungspodium», das Schweizer Schulsystem sei «grundsätzlich auf einem sehr guten Weg. Wir haben ein riesiges Stütz- und Fördersystem». Mit Recht empört sich der erfahrene Pädagoge Carl Bossard über diese dogmatisch gefärbte Brille, die über die grossen Probleme der integrativen Klassen, des «selbstorganisierten Lernens» und des immer noch untauglichen Lehrplans 21 ganz einfach hinwegsieht. Aber lesen Sie selbst seine klare Analyse.

Eine gravierende Folge der ungenutzten Reformen ist längst bekannt: Jeder fünfte Fünfzehnjährige verlässt die Schule «ohne die notwendigen sprachlichen Grundkenntnisse» (zitiert bei Carl Bossard). Statt sofort Hand zu bieten für eine Volksschulbildung, die diesen Namen verdient, serviert der Präsident des Schweizerischen Schulleiterinnen- und Schulleiterverbandes, Thomas Minder, abgedroschene Phrasen: Er wolle «sicher keine Schule, die sich hundert Jahre lang nicht weiterentwickelt», und so weiter in diesem Stil («Eine Primarlehrkraft ist eine eierlegende Wollmilchsau»).

Ähnlich schlechte Grundkenntnisse wie viele Schweizer Kinder weisen auch deutsche Grundschüler auf, wie Heike Schmoll («Die deutsche Bildungsmisere») schreibt: Ein Fünftel der Viertklässler «erreicht nicht einmal die Mindestanforderungen beim Lesen, in der Rechtschreibung und in der Mathematik.» Diese Pädagogin beschränkt sich aber nicht auf faule Ausreden, sondern hält fest, dass weder die pandemiebedingten Einschränkungen noch die vielen Kinder mit Migrationshintergrund oder aus bildungsfernen Familien an dieser Misere schuld sind. Und sie sagt, was Sache ist: «Die Grundschulen werden sich auf bewährte Übungen besinnen müssen», wie lautes Lesen, Diktate, usw.

Jawohl, das nennt man Chancengleichheit: Alle sollen die Chance haben, lesen, schreiben und rechnen zu lernen. In der Schweiz bräuchten wir dringend mehr solche Bildungsforscher und Amtsinhaber!

Der Kern der Schule ist gefährdet

Journal21, 16. Oktober 2022, von Carl Bossard

Von den Lernprozessen ist kaum mehr die Rede. Diesen Eindruck erhält, wer den Diskurs um Schule und Unterricht verfolgt. Das Eigentliche verkommt zur Nebensache. Eine Rückbesinnung aufs Wesentliche.

Jeder junge Mensch hat nur eine Bildungsbiographie. Darum ist es so entscheidend, wer im Schulzimmer steht – und wie diese Person wirkt. Erfahren hat das auch Peter Bichsel, später selber



Lehrer. Er erzählt: «Ich hatte in der 5. und 6. Klasse in Olten einen wunderbaren Primarlehrer: Er hat mich von mir selber überzeugt, mich zum Schriftsteller gemacht. Weil er unter dem ganzen Schlamassel von Rechtschreibbefehlern entdeckt hat, dass ich gute Aufsätze schreibe. Ich habe ihn geliebt.»

Im Kern vollziehen sich die grundlegenden Bildungsprozesse

Die jungen Menschen zu sich selbst und sie aus sich heraus zu ihren Möglichkeiten führen, beispielsweise zum Schreiben, wie das Bichsels Lehrer getan hat. Darin liegt die zentrale Aufgabe der Schule. Wer hier hineinzoomt, entdeckt ein pädagogisches Dreieck. Es ist der Kern jeder Schule: der Dreiklang zwischen Lehrperson – Schulkindern – Unterrichtsinhalt. In diesem Dreieck vollziehen sich die individuellen und sozialen Lern- und Bildungsprozesse.

An diesen Resonanzraum erinnert der französische Literaturnobelpreisträger Albert Camus im Buch «Le Premier Homme». Mit der Figur «Der erste Mensch» meint er seinen Primarlehrer. Ihm verdankt er alles. Camus wächst im damaligen französischen Algerien auf. In ärmlichen Lebensverhältnissen. Die Schule führt ihn in eine andere Welt. Von seinem Lehrer sagt Camus: Er sei «aus dem einfachen Grund, dass er seinen Beruf leidenschaftlich liebte, ständig interessant» gewesen. In seiner Klasse fühlten die Kinder «zum ersten Mal, dass sie existierten und Gegenstand höchster Achtung waren: Man hielt sie für würdig, die Welt zu entdecken.»

Flucht in unzählige Strukturreformen

Camus skizziert das pädagogische Dreieck des schulischen Alltags. Hier ereignet sich das A und O von Schule und Unterricht, die Grundbildung als Basis für alles weitere Lernen. Hier werden beispielsweise die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen aufgebaut. Dazu gehören das Verstehen und Konsolidieren, das Festigen und Üben von Wissen und Können, das Anwenden des Gelernten und das Zusammenspiel dieser Teilprozesse mit all den vielfältigen Verknüpfungen im aktivierten Gedächtnis. Es sind die Kernprozesse des Lernens.

Doch der Wesenskern der Schule ist gefährdet durch die bildungspolitische Flucht aus dem pädagogischen Dreieck in die Strukturreformen. Die Schule hat eine Kaskade von Top-down-Innovationen erlebt: zusätzliche Fächer mit den zwei Fremdsprachen Frühenglisch und Frühfranzösisch in der Primarschule, das ganze Qualitätsmanagement, altersdurchmischtes oder jahrgangsübergreifendes Lernen, der Lehrplan 21 mit den eng gerasterten Kompetenzen und ihren Kontrollen, die Integrative Schule mit dem Ziel der Inklusion und den vielen Absprachen zwischen den zuständigen Personen. Das alles braucht mehr Vorgaben und Vorschriften von oben, mehr Direktiven aus der Bildungsbürokratie.

Wenn private Lerninstitute wichtig werden

Manches ist dazugekommen – weggenommen wurde wenig. Die Folgen sind spürbar: Druck und Hektik steigen, Verweilen und Vertiefen nehmen ab. Viele Dinge können nur noch flüchtig gestreift werden. Inhalte lösen einander schnell ab. Sie prägen sich nicht tief ein, werden kaum Erfahrung und bleiben Bruchstück. Zu vieles muss in zu kurzer Zeit erarbeitet werden – und zwar von den Kindern selber. Eigenverantwortet und selbstgesteuert. Lernschwächere und mittelmässige Schüler sind benachteiligt. Das zeigt die Unterrichtsforschung. Darum erstaunt es nicht, dass selbst intelligente Kinder am Ende der Primarschule in den Grundfertigkeiten des Rechnens und Schreibens oft grosse Lücken aufweisen. Wenn sie diese Grundlagen beherrschen, stehen nicht selten engagierte Eltern oder private Nachhilfeinstitute dahinter.

Auf den Wesenskern rückbesinnen

Albert Camus führt uns zum Kern der Schule, zu den Mikroprozessen des Lernens. Seine Lebensgeschichte veranschaulicht, wie zentral sie für die Kinder sind. Am Tag der Nobelpreis-Übergabe schreibt er seinem Lehrer: «Ohne Sie, ohne Ihre liebevolle Hand, die Sie dem armen kleinen Kind, das ich war, gereicht haben, ohne Ihre Unterweisung und Ihr Beispiel wäre nichts von alldem geschehen.» Das tönt wie eine Rückbesinnung auf das pädagogische Dreieck.



Lehrlinge an die Uni? Experte warnt

NZZ am Sonntag, 16.10.2022, Schweiz, René Donzé

Politik will den Weg von der Lehre an die Universitäten und Pädagogischen Hochschulen erleichtern

Die Fachangestellte Gesundheit studiert Medizin, der Maurer wird Ingenieur: Das ist heute alles möglich. «Die Passerelle ist ein Erfolg», sagt Franz Eberle. Der emeritierte Professor für Gymnasialpädagogik an der Universität Zürich hat im Auftrag der Schweizerischen Maturitätskommission erstmals untersucht, wie gut die sogenannte Passerelle-Prüfung funktioniert, die seit 17 Jahren Lehrlingen mit Berufsmatura den Weg an die Universitäten öffnet.

Das Fazit der Studie, die im November veröffentlicht wird: Rund vier Fünftel der Passerellen-Absolventen haben ein Uni-Studium aufgenommen und etwa zwei Drittel davon fünf Jahre später mit einem universitären Bachelor auch abgeschlossen. «Das entspricht dem Durchschnitt aller Studierenden und liegt nur leicht unter dem Wert jener, die eine gymnasiale Matur in der Tasche haben», sagt Eberle. Auch die Abbruchquote liegt mit 22 Prozent im Mittel aller Studierenden.

Was seine Untersuchung ebenfalls zeigt: Die Passerelle hilft wie erhofft, Ungleichheiten im Bildungssystem zu beseitigen. So stammt rund die Hälfte der gymnasialen Maturanden aus einem Akademikerhaushalt, bei den Passerellen-Studierenden ist es bloss ein Viertel. Es können also vermehrt junge Menschen aus bildungsferneren Familien eine akademische Karriere einschlagen. «Es lässt sich feststellen, dass der Passerellenzugang zu den universitären Hochschulen [. . .] sozial ausgleichend wirkt», schreibt Eberle in der Zeitschrift des Gymnasiallehrerverbandes, wo er erste Ergebnisse vorstellt.

Parmelin wehrt sich

Doch es gibt ein grosses Aber: Nur gerade fünf Prozent aller Berufsmaturanden wählen diesen Weg. Die anderen gehen meist an eine Fachhochschule. Prüfungsfrei. Denn die Passerelle-Prüfung für die Uni ist anspruchsvoll, es muss viel Stoff nachgeholt werden. In der Regel bereiten sich Prüflinge ein ganzes Jahr mit Kursen vor.

Das will die Politik ändern: «Die heutige Passerelle stellt eine zu hohe Hürde dar», sagt SP-Nationalrätin Nadine Masshardt. Diese müsse abgebaut werden, fordert sie in einem Postulat, das der Nationalrat kürzlich überwiesen hat, dagegen war einzig die SVP- und die halbe Mitte-Fraktion. «Es ist eine verpasste Chance, wenn wir geeignete und motivierte Menschen unnötig von einem Studium abschrecken», sagt Masshardt. Angesichts des Fachkräftemangels dürften niemandem unnötige Steine in den Weg gelegt werden. Man brauche die Passerelle ja nicht gleich ganz abzuschaffen, sagte sie im Rat. Zu prüfen wäre aber der prüfungsfreie Zugang für Berufsmaturanden, die ein Studium in ihrem gelernten Fachbereich wählen. Eine Chemielaborantin etwa brauchte dann keine Passerelle mehr für ein Chemiestudium, sehr wohl aber für ein Wirtschaftsstudium.

Was im Nationalrat auf breite Zustimmung stiess, kommt in der Hochschulwelt schlecht an. «Die Passerelle darf auf keinen Fall abgeschafft und auch nicht weniger schwierig werden», sagt Eberle, der auch Mitglied des Schweizerischen Wissenschaftsrates ist. Bereits früher haben Universitäten von einer zunehmenden Verwischung der Grenzen zwischen Fachhochschulen, die den Berufsmaturanden prüfungsfrei offenstehen, und den Universitäten gewarnt. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation sieht keinen Grund, Änderungen vorzunehmen. «Wir teilen die Einschätzung der Studie voll und ganz», teilt es mit.

Auch Parmelin betonte im Parlament, eine Abschwächung der Passerelle «würde dem 2019 von Bund und Kantonen bekräftigten Ziel der Schärfung der Tertiärstufenprofile zuwiderlaufen.» Das heisst: Die Unterschiede zwischen Fachhochschulen und Universitäten würden kleiner. «Es stünde auch im Widerspruch zu den erforderlichen Fähigkeiten, um ein Hochschulstudium erfolgreich aufnehmen zu können.»

Während der Bundesrat nun also gegen seinen Willen über einen Abbau der Passerelle an die Universität nachdenken muss, bereitet die Politik bereits eine weitere Lockerung vor. Wie die



«NZZ am Sonntag» in Erfahrung brachte, will die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats diese Hürde für die Pädagogischen Hochschulen ganz abschaffen. Zumindest arbeitet sie an einer entsprechenden Kommissionsmotion, wie verschiedene Quellen bestätigen. Damit soll die Lehrerinnen-Ausbildung für Berufsmaturanden attraktiver werden.

Direkt zum Lehrerberuf?

Angestossen hat diese Diskussion Mitte-Nationalrat Simon Stadler. Die heutige Regelung sei eine «Geringschätzung der Berufsmaturanden», sagt er. Ihn stört, dass sie nur mit der Passerelle oder einer anderen Ergänzungsprüfung die Lehrerausbildung aufnehmen können, wohingegen sie prüfungsfrei an eine Fachhochschule kommen. «Das macht die PH in der Zeit des Lehrkräftemangels unattraktiv gegenüber anderen Studiengängen», sagt Stadler.

Die Idee stösst bei den Pädagogischen Hochschulen auf Widerstand – sie hatten sich schon in der Vergangenheit gegen eine solche Lockerung gestellt. Und auch der Schweizer Lehrerverband wehrt sich. Dessen Präsidentin Dagmar Rösler sagt, die Zulassung von Personen mit Berufserfahrung sei zwar erwünscht und auch ein Mehrwert für die Schulen. «Aber es braucht vergleichbares Grundwissen.» Das sei bei Berufsmaturandinnen nicht gegeben. Sie besuchen bloss etwa ein Drittel so viele Lektionen wie die Gymnasiastinnen – auch in so zentralen Fächern wie Deutsch oder Mathematik.

Das bestätigen Eberles Forschungen. Berufsmaturanden weisen gegenüber Gymnasiasten im Durchschnitt ein tieferes Niveau in Mathematik und Deutsch auf, haben geringere allgemeine kognitive Fähigkeiten und Wissenslücken. «Um diese Lücken zu füllen, braucht es die Passerelle», sagt der Wissenschaftler. Ohne diese Hürde wäre die Erfolgsquote im Studium viel geringer.

Zum Buch «Integration, Separation, Kooperation. Ein Beitrag aus heilpädagogischer Sicht»

19.10.2022 Marianne Wüthrich

Ob die Integration in eine Regelklasse für jedes Kind die menschlich und pädagogisch beste Lösung ist, wird seit Jahren kontrovers diskutiert. Es ist wohlthuend, mit dem vorliegenden Buch von Riccardo Bonfranchi, Renate Dünki und Eliane Perret einen Einblick aus heilpädagogischer Sicht zu bekommen, der das Kind und sein Recht auf Bildung und soziale Teilhabe ins Zentrum stellt. Es richtet sich nicht nur an Eltern und ausgebildete oder werdende Heilpädagogen, sondern auch an Lehrerinnen und Lehrer in Regelschulen sowie interessierte Bürger, und nicht zuletzt auch an Bildungsverantwortliche.

Ein Blick in die Geschichte der Sonder- und Heilpädagogik lässt erkennen, dass zunächst Einzelne sich für eine *Bildung für alle* einsetzen und Schulen auch für Kinder und Jugendliche einrichteten, für die sich die damalige Pädagogik nicht als zuständig sah (z.B. Blindenschulen). Nach dieser historischen Einführung, die auch auf den Blickwechsel heutiger Ausbildung eingeht, folgt eine kurze rechtliche Einordnung. Sie



ISBN 978-3-7639-7159-6



greift internationale Konventionen, ihre Auslegung und rechtliche Umsetzung auf. Darauf aufbauend lernt der Leser anhand vieler anschaulicher Fallbeispiele Kinder mit unterschiedlichen kognitiven Beeinträchtigungen kennen und erhält einen Eindruck von der anspruchsvollen täglichen Arbeit heilpädagogischer Fachleute. Ein «Zwischenhalt» am Ende der einzelnen Kapitel erleichtert das Verständnis der dargelegten pädagogischen und sozialen Zusammenhänge.

Zwei wichtige rechtliche Aspekte

Als Juristin möchte ich zwei wichtige rechtliche Aspekte herausgreifen:

- Die «Schule für alle» im Sinne der entsprechenden internationalen Konventionen meint nicht, dass alle Kinder gemeinsam beschult werden müssen, sondern dass jedes behinderte Kind das Recht auf eine seinen Möglichkeiten entsprechende Bildung hat – was in ärmeren Ländern leider oft nicht die Regel ist (S. 22f).

- Nach schweizerischem Recht beziehungsweise den Schulgesetzen der meisten Kantone ist die Einrichtung von Kleinklassen möglich und sollte nicht aus dogmatischen oder finanziellen Erwägungen abgelehnt werden, wenn sie für eine adäquate Schulung von Kindern mit Behinderung oder schweren Verhaltensauffälligkeiten sinnvoll wäre (S. 23f).

Die Autorinnen halten fest, dass die Förderung eines kognitiv beeinträchtigten Kindes oder Jugendlichen in einer Kleinklasse oder einer Heilpädagogischen Schule oft «professioneller und deshalb gezielter möglich ist». Auch weisen sie das häufig angeführte Argument eines besseren sozialen Zugehörigkeitsgefühls des behinderten Kindes in der Regelklasse entschieden zurück, denn der ständige Vergleich wirke sich vielmehr schwächend auf die Persönlichkeit des Kindes aus, bagatelisiere seine Problematik und verletze es in seiner Würde (Zwischenhalt, S. 33). Anhand von sehr ansprechenden Lernsituationen wird gezeigt, wie in der heilpädagogischen Praxis «die Themen sorgfältig strukturiert, anschaulich, handlungsorientiert und verknüpft mit dem jeweiligen Erfahrungshintergrund vermittelt werden» (Zwischenhalt, S. 42). Der Klassenlehrerin in einer Regelklasse fehlt dafür allein schon die notwendige Zeit.

Befähigung zu einem möglichst selbstbestimmten Leben – eine gemeinsame Aufgabe für Eltern und Schule

In Kapitel 5 geht es um die grosse Bedeutung der bündigen Zusammenarbeit zwischen Eltern und Heilpädagogen für eine positive Entwicklung des Kindes. Am Beispiel eines Kindes mit einem Downsyndrom wird die schwierige Lage der Eltern thematisiert, die sich für die Regelschule oder eine Heilpädagogische Schule entscheiden müssen. Die Autoren zeigen grosses Verständnis dafür, dass viele Eltern sich von der Integration in die Regelschule eine «normalere» Entwicklung ihres Kindes erhoffen. Aus diesem Grund entschliessen sich manche erst nach mehreren Jahren zum Wechsel in eine Heilpädagogische Schule, was die gedeihliche Entwicklung im Einzelfall erschweren oder verzögern kann. Im vorliegenden Fall wurde das Kind im Regelkindergarten zwar sehr liebevoll behandelt, erhielt aber die notwendige Förderung nicht, sondern gewöhnte sich daran, dass ihm von der Kindergärtnerin und seinen Gspänli vieles abgenommen wurde. In der Heilpädagogischen Schule erhielt es dann eine «auf die Achtung seiner besonderen Bedürfnisse einggerichtete Schulung» und machte bald die ersten Fortschritte.

Ein essentielles Ziel der Bildung ist – wie für alle Jugendlichen – auch für kognitiv beeinträchtigte junge Menschen die Fähigkeit, ihr Leben als Erwachsene so gut wie möglich selbstbestimmt führen zu können. Die Autoren zeigen an differenzierten Fallbeispielen, wie junge Menschen angeleitet werden, sich im Alltag, zum Beispiel im öV, zurechtzufinden, und wie anspruchsvoll die Berufsvorbereitung und -vermittlung sein kann. Wenn es nicht möglich ist, auf dem regulären Lehrstellenmarkt etwas Geeignetes zu finden, gibt es in der Schweiz auch viele Ausbildungsplätze in einem geschützten Rahmen. Damit der Übergang zu einem selbstbestimmten Erwachsenenleben gelingen kann, ist ein frühzeitiger Beginn einer adäquaten Schulbildung aber unerlässlich. Im «Zwischenhalt» auf Seite 76/77 kritisieren die Autoren, dass es für sogenannte «Hochbegabte» zunehmend besondere Förderangebote gibt, während – vor allem auf der Primarschulstufe – Kleinklassen und



spezialisierte Förderschulen für Kinder mit Behinderungen geschlossen werden. Wo bleibt die Respektierung der «Gleichwertigkeit» aller Kinder?

Kooperation oder teilweise Integration statt Inklusion

Schliesslich greifen die Autoren auch andere Schulformen auf, die für alle beteiligten Kinder eine Bereicherung sein können: «Die Frage stellt sich, ob es nicht Möglichkeiten gemeinsamer Aktivitäten und Begegnungen geben könnte. Denn das Anliegen, Menschen mit und ohne Behinderung miteinander in Kontakt zu bringen, ist sinnvoll und muss gefördert werden.» (S. 79) Die beiden Fallbeispiele dazu zeigen, dass gemeinsame Projekte oder das stundenweise Dabeisein eines Kindes mit besonderen Bedürfnissen in einer Regelklasse seines Wohnortes eine gefreute Sache werden können. Es versteht sich von selbst, dass das Gelingen gemeinsamer Projekte in erster Linie vom Engagement der beteiligten Lehrerteams abhängt. «Kooperations- und Teilintegrationsprojekte stellen hohe menschliche Anforderungen. Sie können deshalb nicht verordnet werden!» So die Autoren (S.82). Es ist jedenfalls lohnenswert, solche zielführenden Ansätze weiterzudenken.

Kinder mit Verhaltens- oder Lernproblemen besser verstehen

Unter diesem Titel greift das Autorenteam auch diese grosse Gruppe von Kindern auf, die häufig als Hauptverantwortliche für die Störung der Bedürfnisse der «normalen» Schüler wahrgenommen werden. Die Autoren betrachten die Probleme hingegen aus dem Blickwinkel der sogenannten «Störenfriede», die in den Integrationsklassen oft zu kurz kommen, weil sie nicht ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert werden. Denn sie brauchen eine ruhige Lernumgebung und einen klar strukturierten Unterricht, vor allem aber eine «enge, haltgebende Beziehung zu ihrer Lehrerin.» (S. 87) Auch für diese Kinder kann die adäquate Förderung in einer Kleinklasse der bessere Weg sein. Es darf aber nie darum gehen, sogenannte Störer zu separieren, um das «Problem wegzuschaffen». Als zukunftsweisendes Modell nennen die Autorinnen die gelebte Kooperation einer Sonderschule und einer Regelklasse im selben Schulhaus (S. 89ff).

«Integration, Separation, Kooperation» ist ein wissenschaftlich fundiertes und einer heilpädagogischen Ethik verpflichtetes Fachbuch, das auch für Nicht-Fachleute sehr informativ ist. Die Autoren scheuen sich nicht, gängige Vorurteile und Fehlentwicklungen der Schulreformen beim Namen zu nennen, dabei gehen sie immer vom Kind aus.

Bitte nicht in Visionen abdriften!

Journal21, 10.10.2022, von Carl Bossard

«War da was?», fragen sich viele. Ein Lehrermangel? Eine Notsituation? Die Bildungsverantwortlichen tun so, als wäre nichts gewesen – und flüchten in Visionen. Da staunen manche erzürnt.

Seit Jahren das ewig gleiche Bild: kurz vor den Sommerferien aufgeschreckte Schulleitungen und eine aufgeregte Suche nach Lehrpersonen. Aus den Stäben nichts als lautes Schweigen. Die Verantwortlichen vor Ort dagegen kämpfen um jede verfügbare Hilfskraft. Die Schulen müssen nach den Ferien starten können, die Kinder eine Lehrerin vor sich haben. Mit enormem Aufwand gelingt es. Eingestellt werden auch Leute ohne Ausbildung. Die Bildungsfunktionäre nehmen's gelassen zu Kenntnis. Die Karawane zieht weiter.

Wo bleibt der Blick aufs Konkrete?

Warum dieses Zittern immer wieder? Warum dieses Trauerspiel? Man kann nur spekulieren und deuten – und sich fragen: Interessiert sich die Bildungspolitik überhaupt für die Qualität unserer Schulen und den konkreten Unterricht vor Ort? Wer ins NZZ-Podium zum Thema «Leistungsgesellschaft – welche Schule braucht der Mensch?» von Mitte September hineingehorcht hat, der



zweifelt ernsthaft.¹ Der Diskussionsverlauf spricht Bände: Da war viel von Visionen die Rede und davon, die Potenziale der Kinder besser und humaner zur Entfaltung zu bringen, und da wurden vor allem noch mehr Finanzmittel gefordert – dies im ohnehin schon teuersten Bildungssystem der Welt.

Die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner gab zu Protokoll: «Das Schweizer Schulsystem ist grundsätzlich auf einem sehr guten Weg. Wir haben ein riesiges Stütz- und Fördersystem, wir haben die Instrumente zu korrigieren.» Kein (selbst-)kritisches Wort, kein Kommentar zu den Sorgen und Nöten im pädagogischen Parterre, kein Querblick auf die Defizite der Schule und die Tatsache beispielsweise, dass selbst intelligente Kinder am Ende der Primarschule in den Grundfertigkeiten des Rechnens und Schreibens oft grosse Lücken aufweisen. Wenn sie diese Grundlagen beherrschen, stehen nicht selten engagierte Eltern oder private Lerninstitute dahinter – und leider viel zu wenig lernwirksame Unterrichtsstunden. Im Übrigen erhalten heute rund 35 Prozent der Schüler Nachhilfeunterricht. Was das für die angeblich so wichtige Chancengerechtigkeit bedeutet, ist selbstredend.

Skandal einer Bildungspolitik, die den Alltag negiert

Kein Wort auch von den Folgen der Integration ganz unterschiedlicher, zum Teil sehr schwieriger Kinder in die gleiche Klasse – mit dem administrativ horrenden Koordinationsaufwand und den teilweise gravierenden Unterrichtsstörungen. Der «Beobachter» spricht gar vom «Towubahohu im Klassenzimmer» und davon, dass es heute selten mehr eine Klasse gäbe, «in der man sich auf die Vermittlung des Schulstoffs konzentrieren kann».² Doch wen überrascht das, wenn die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner die Integration im Sinne eines Menschenrechts als gegeben annimmt. Steiner wörtlich: «Der integrative Unterricht ist für mich kein Projekt, sondern ein Menschenrecht.»³ Da verbietet sich aus ideologischen Gründen jedes Justieren und jedes Korrigieren. Da gibt's aus dogmatischen Gründen nur eines: weiter wie bisher! Kollateralschäden hin, gravierende Lerndefizite in den kulturellen Basiskompetenzen her.

Und diese Unterrichtsform ist mit ein Grund für die spürbare Flucht vieler Lehrpersonen aus dem Schulzimmer. Auch darüber sehen die Verantwortlichen geflissentlich hinweg. Ihre Devise: nichts hören, nichts sehen und auch nichts sagen – das ist der Skandal einer Bildungspolitik, die sich in Visionen flüchtet und den Alltag negiert und dabei so tut, als ob alles in Ordnung sei – wie seit Jahren beispielsweise beim Frühfranzösisch.

Bei gewissen Defiziten liegt ein Systemversagen vor

Was bräuchte es denn? Viele vermissen in der Schweizer Bildungspolitik eine kritisch-analytische (Klar-)Sicht auf den Ist-Zustand, und zwar eine systemische und radikal-ehrliche. Während Jahren wurde die Schule umgebaut und reformiert – in Hunderten von Einzelschritten. Was haben die Innovationen denn insgesamt gebracht? Und warum rutscht die Schweiz in den internationalen Vergleichsstudien trotzdem dauernd ab?

Es darf, um ein einziges Beispiel zu nennen, doch nicht sein, dass jeder Fünfte unserer 15-Jährigen die Schule ohne die notwendigen sprachlichen Grundkenntnisse verlässt. Das sei schlicht «ein Systemversagen», wie es Stefan C. Wolter, der Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung, auf den Punkt bringt. Er fügt bei: «Bei einer durchschnittlichen Klassengrösse von 19 Schülern können in der Schweiz bei Schulabschluss zwei bis drei Schüler pro Klasse nur unzureichend schreiben und lesen.» Die Bildungsverantwortlichen schweigen. Das Systemversagen scheint sie nicht zu stören. Nach den Gründen fragt kaum jemand.

¹ Matthias Niederberger, *Welche Schule braucht der Mensch?*, in: NZZ, 17.09.2022, S. 15: Am Podium unter Leitung von NZZ-Redaktor Martin Meyer diskutierten: Margrit Stamm, Erziehungswissenschaftlerin, Silvia Steiner, Zürcher Bildungsdirektorin, Sergio P. Ermotti, Swiss-Re-Verwaltungsratspräsident, und Oliver Meier, Hochbauprojektleiter Marti AG.

² Julia Hofer, *Tohuwabohu im Klassenzimmer*, in: Beobachter 25/2021, S. 92f.

³ Nils Pfändler, Lena Schenkel, *«Ich glaube nicht an Visionen für die Zukunft der Schule»*. Interview mit Silvia Steiner, in: NZZ, 28.01.2019, S. 15.



Der kritische Blick auf die Pädagogischen Hochschulen

Ein zweiter wichtiger Blickpunkt gälte der Frage, wo in der Ausbildung Fehler gemacht werden und warum so viele junge Lehrpersonen das Schulzimmer so schnell wieder verlassen: sieben Prozent pro Jahr, am meisten in den ersten drei bis fünf Berufsjahren. Wir haben, und das wissen wir, nicht zu wenig ausgebildete Lehrpersonen, wir haben zu viele, die den Beruf zu schnell wieder an den Nagel hängen oder ihn nicht einmal aufnehmen. Die Pädagogischen Hochschulen sind eine Art Durchlauferhitzer geworden für Leute, die gar nicht unterrichten wollen. Dazu gehört die Frage: Wie genügend für einen guten Unterricht vorbereitet sind die neuen Lehrerinnen und Lehrer, und wie gezielt eingeübt beginnen sie ihre erste Stelle?

Wiederbesinnung auf die pädagogische Freiheit

Und noch etwas wäre zwingend zu analysieren: Wie belastend wirken sich die vielen Top-down-Reformen der vergangenen Jahre aus? Bildung wurde «vernormisiert» und «veradministriert». Das Organisatorische dominiert das Pädagogische. Die Belastung der Lehrpersonen als Folge dieser Reformen mit der verstärkten Integration und der Verzettelung ins fachliche Vielerlei ist gestiegen. Viele Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich gefangen im Korsett einer künstlich konstruierten Komplexität, die sie nicht mehr bewältigen können. Darum wollen auch immer weniger das wichtige Amt von Klassenverantwortlichen übernehmen. Vieles, zu vieles wird vorgeschrieben und von oben verordnet – oder eben gesteuert. Das minimiert die pädagogische Freiheit. Und die Freiheit gehört zur DNA jeder Lehrperson.

Eine schonungslos ehrliche Systemanalyse

Wir wissen: An unserer Volksschule läuft nicht alles rund. Ganz und gar nicht. Vieles wird leider unter den Tisch gekehrt oder nur hinter vorgehaltener Hand formuliert. Das bringt uns nicht weiter. Allerdings brauchen wir weder schöngeistige Illusionen noch irgendwelche praxisfernen Visionen; was wir brauchen, ist eine ehrliche Systemanalyse, schonungslos und radikal wirklichkeitsbezogen. Mit dem bisherigen So-tun-als-ob kommen wir nicht weiter. Leidtragende im Schulsystem sind immer die Schülerinnen und Schüler.

«Eine Primarlehrkraft ist eine eierlegende Wollmilchsau»

NZZ, 7.10.2022, Schweiz, Thomas Minder im Gespräch mit Andri Rostetter und Irène Troxler

Die Debatte über den Lehrermangel ist weitgehend verebbt. Gelöst sei das Problem aber noch lange nicht, sagt Thomas Minder, oberster Schulleiter der Schweiz, im Gespräch mit Andri Rostetter und Irène Troxler

Herr Minder, im Sommer herrschte Alarmstimmung in den Schulen. Man wusste nicht, wie viele Klassen nach den Sommerferien ohne Lehrer dastehen würden. Hat sich die Lage beruhigt?

Nach den Ferien waren alle Stellen besetzt. Und zwar, weil wir keine Wahl haben. Die Schule muss stattfinden, das ist unser Auftrag.

Aber das Problem ist nicht gelöst.

Die Schulen arbeiten mit Leuten, die nicht ausgebildet sind. Das braucht viel Unterstützung und ist aufwendig. Eine solche Person pro Team liegt drin, bei mehreren wird es schwierig. Darum ist es so ruhig. Die Schulen sind mit sich selbst beschäftigt.

Wie viele offene Stellen hatten Sie an Ihrer Schule?

Insgesamt waren es drei. Im Fall einer 5./6. Klasse konnten wir aus fünf Bewerbungen auswählen. Früher hatten wir zwanzig. Eine Stelle hatte ich seit Mitte Februar ausgeschrieben. Zehn Tage vor den Sommerferien konnte ich sie besetzen. Ich ging auch an Speeddatings.

***Speeddatings für Schulleiter?***

Genau. Schulleiter trifft Lehrperson, sieben Minuten, dann zum nächsten. Wir gingen auch auf Praktikanten und auf Leute ohne Lehrerausbildung zu, die gut mit Kindern umgehen können.

Mit Kindern umgehen zu können, reicht aber nicht, um vor eine Klasse zu stehen.

Nein, sicher nicht. Es wird immer wieder angezweifelt, dass Lehrpersonen so gut ausgebildet sein müssen. Manche Politiker finden, man solle die Lehrerausbildung zur Berufslehre machen. Das ist kompletter Unsinn. Die Inhalte der Lehrerausbildung müssen auf Forschung basieren und auch Forschungsinhalte und deren Relevanz für das Handeln in der Schule thematisieren. Das gilt auch für die Kindergartenstufe. Wer meint, einen Morgen lang mit den Kindern zu spielen, sei keine grosse Sache, soll das mal ausprobieren.

Wird der Kindergarten unterschätzt?

Ja, und zwar stark. Im Kanton Zürich sagen sie zur Kindergärtnerin «Gfättitante». Das tönt unheimlich abschätzig. Als ich als Sekundarlehrer anfing, gingen wir manchmal mit den Kindergärtnerinnen essen. Da ist mir ihr pädagogisches Geschick aufgefallen. Die Kinder kommen mit sehr unterschiedlichen Fähigkeiten. Die Kindergärtnerinnen schaffen es, aus diesem Haufen eine Gruppe zu formen. Diese Arbeit ist gesellschaftlich von enormer Bedeutung.

Eine Ursache für den Lehrermangel sind die wachsenden Schülerzahlen. Gibt es da auch Probleme mit der Infrastruktur?

Immer wieder hört man den Spruch: «Früher ist es doch auch gegangen, wieso soll es jetzt nicht mehr gehen?» Früher hat man auch in kleineren Häusern gewohnt, der Platzbedarf, Komfortansprüche sind gestiegen. Das macht nicht halt vor den Schulen. Es braucht Gruppenräume, mehr Bewegungsfreiheit, das ist auch kindgerecht. Still dasitzen und auf Aufträge warten, das ist vorbei. Aber die Schulen brauchen auch mehr Schulraum, weil es netto mehr Schülerinnen und Schüler gibt.

Sie mussten viele ukrainische Kinder integrieren. Man hört, die Schulen seien deswegen am Limit.

Ja, bei uns liegt es unter anderem daran, dass die Klassen ohnehin gross sind. Dann kamen kurzfristig nochmals 15 Kinder dazu. Die ukrainischen Kinder benötigen mehr Betreuung, und natürlich haben wir auch andere Schülerinnen und Schüler, für die das Gleiche gilt. Heilpädagoginnen können wir nicht nach Belieben beiziehen, die sind schwer zu finden. Und wenn wir Klassenassistenten einsetzen wollen, müssen wir sie zuerst auf diese Aufgabe vorbereiten. Auch die Mittel für Deutschlektionen sind limitiert.

Sie haben keine Integrationsklassen gebildet?

Theoretisch wäre das möglich. Aber alle Kinder aus der Ukraine in eine separate Klasse zu stecken, wäre das Gegenteil von Integration. Wir nehmen die Kinder an zwei Morgen pro Woche zusammen. Gerade für Kinder, die Schlimmes erlebt haben, ist es wichtig, sich in der Muttersprache mit anderen Kindern unterhalten zu können.

Wie lange dauert es, bis sie sich im Unterricht mitteilen und verstehen können?

Das ist sehr unterschiedlich. Im Durchschnitt vielleicht etwa ein Jahr. Bis man sie in einen Berufswahlprozess einfädeln kann, dauert es aber deutlich länger. Es kann sogar eng werden, wenn sie erst in der fünften oder sechsten Klasse zu uns kommen.

In den letzten Jahren hatte man den Eindruck, die Schulen seien in einer Art Dauerreformprozess gefangen. Werden wir irgendwann einmal an den Punkt kommen, an dem wir sagen können: Das ist unsere Schule, das passt, so lassen wir sie.

Wir alle wünschen uns Stabilität. Aber sicher keine Schule, die sich hundert Jahre lang nicht weiterentwickelt. An der Schule herrschte zu lange Stillstand, sie hatte sich von den gesellschaftlichen Bedürfnissen entfernt. Jetzt sind wir wieder näher dran. Wir reden auch nicht mehr unbedingt von Reformen, sondern von Bewegung, von Flexibilität. Solange es in der Gesellschaft Umwälzungen gibt, muss sich die Schule mit verändern.

[Mehr...](#)



Die deutsche Bildungsmisere

FAZ, 18.10.2022, Front, von Heike Schmoll

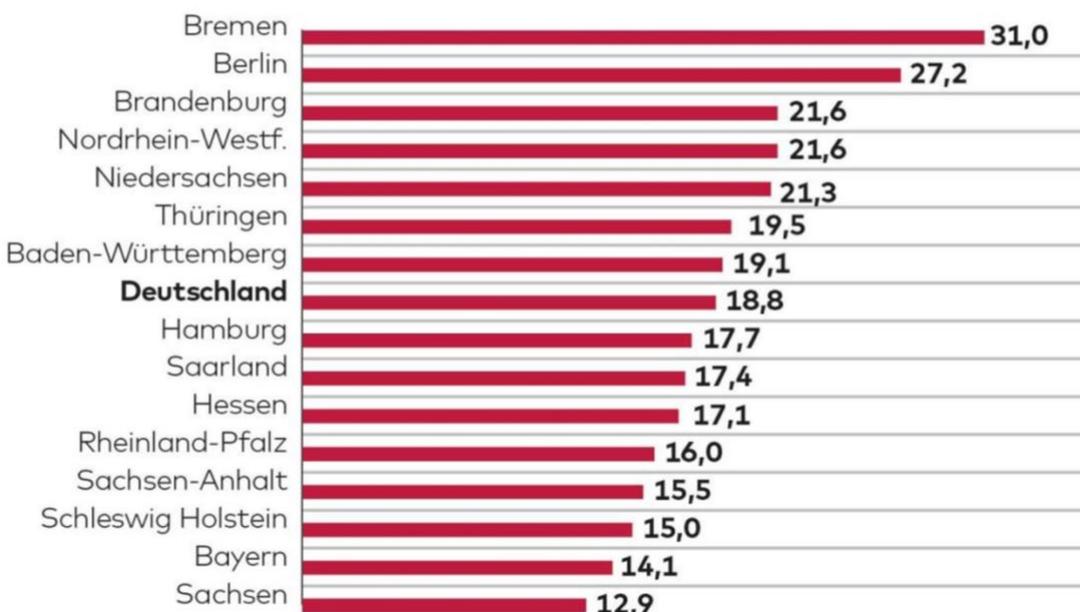
Ein Fünftel der Viertklässler in Deutschland erreicht nicht einmal die Mindestanforderungen beim Lesen, in der Rechtschreibung und in der Mathematik. Schon am Ende der Grundschulzeit werden diese Kinder um ihre Zukunft gebracht. Das vom Bundesverfassungsgericht geforderte Recht auf ein Bildungsminimum wird nicht eingelöst. Für die niederschmetternden Ergebnisse, sind pandemiebedingte Einschränkungen nur zum Teil verantwortlich zu machen, sie haben eine negative Tendenz seit 2016 allenfalls noch verstärkt. Es liegt auch nicht an einem wachsenden Anteil von Schülern mit Migrationsgeschichte oder Kindern aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien.

Hamburg gehört zu den Ländern mit einem besonders hohen Anteil solcher Kinder und hat es geschafft sich durch konsequente Leistungskonzentration, verpflichtende Förderangebote und eine Fokussierung auf die Kernkompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen hochzuarbeiten. Das hat gut zehn Jahre gedauert und ist nicht beendet, aber es gelingt. Bremen und Berlin, seit Neuestem auch Brandenburg schaffen es nicht, die hausgemachte Bildungsmisere zu beenden, weil sie entweder nichts tun oder siech verzetteln. Jetzt ist eine gemeinsame Anstrengung der Länder gefordert: eine Verständigung auf verpflichtende Sprachstandserhebungen im Kindergartenalter, auf einheitliche Sozialindizes in allen 16 Ländern, auf eine Förderung der Schwachen.

Die Grundschulen werden sich auf bewährte Übungen besinnen müssen: lautes Lesen, Silbenklatschen, Silbentrennung, Diktate, die Zuordnung von Lauten zu bestimmten Buchstaben, die Einübung eines grundlegenden Zahlenverständnisses. Das sagen jetzt auch die Bildungsforscher, die sich vor zehn Jahren mit solch scheinbar vorsintflutlichen pädagogischen Ratschlägen noch blamiert hätten. Statt eines Talentschulen-Programms nach Ampelvorstellungen wäre jetzt eine gezielte und verpflichtende Förderung der Risikoschüler wichtiger. Es ist höchste Zeit, sich darauf zu konzentrieren.

Schüler, die im Lesen den Mindeststandard verfehlen

Anteil in Prozent im Jahr 2021





Veranstaltungshinweis

Lehrermangel - Ursachen und Probleme

Starke Volksschule Zürich, Freitag, 18.11.2022

Referenten:

Yasmine Bourgeois, Schulleiterin, Mittelstufenlehrerin und Gemeinderätin Stadt Zürich

Dr. phil. Carl Bossard, Gymnasiallehrer und Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug

Einladung zu einem Vortrag mit Diskussion

Ort und Datum

Freitag, 18. November 2022, 19.00 Uhr

Pfarreizentrum Liebfrauen, Weinbergstrasse 36

8006 Zürich
